



Aufklärung, nein danke!

Denn *"Die Entwicklung und Herstellung des Impfstoffs von BioNTech ist für Mainz ungefähr so herausragend wie die Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg."* so die Grundhaltung des Oberbürgermeisters Michael Ebling¹.

Die Redewendung „Schweigen ist Gold“ vollzieht die Stadt Mainz par excellence. Die ehemals hochverschuldete Stadt mit dem „an der Goldgrube“ ansässigen Unternehmen Biontech glänzt nicht nur dank des „Impfstoff-Erfolgs“, sondern blendet regelrecht. Es gibt sie jedoch – kritische Bürger² in Mainz – die dem trügerischen Schein nicht erliegen.

Wir berichten von einer wirkungsmächtigen Aktion eines Mainzer Bürgers.

Am 21.09.2022 fand im Kurfürstlichen Schloss eine Stadtratssitzung statt.³ Für gewöhnlich ist Kommunalpolitik wenig spektakulär. Anders jedoch in der bald reichsten Stadt Deutschlands. Konfrontiert wurde der Oberbürgermeister Michael Ebling mit so mancherlei existenziellen Fragen der Daseins- und Gesundheitsfürsorge. Macht sich die ÖDP beispielsweise Sorgen um die nachlassende Bereitschaft der Fahrgäste der Maskenpflicht weiter zu folgen, verwies die AfD auf die dramatische Situation der Mainzer Tafel. Während die einen angesichts mehrerer Strom- und Wasserausfälle die mangelnden Vorkehrungen im Falle eines Blackouts im Winter problematisieren, bevorzugen andere dagegen jetzt schon einen umfassenden Sommerhitzeaktionsplan zu erstellen.

1 Zitat Michael Ebling im Gespräch mit „ZEIT ONLINE“. Quelle: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-11/biontech-mainz-steuer-haushalt-schulden-mehreinnahmen> (zuletzt zugegriffen am: 04.10.2022)

2 Den Ausdruck „Bürger“ gebrauchen wir hier gemäß des aristotelischen Verständnis des Bürgers als politischem Wesen

3 <https://www.mainz.de/stadtrat-live> (zuletzt zugegriffen am: 04.10.2022)

Auf meenzerisch würde man sagen: der nakkde Wahnsinn, bloß net uffreeeche!

Die „Einwohnerfragestunde“ war der ungleich interessantere Part dieser Veranstaltung. Denn neben der regulären Besprechung von Tagesordnungspunkten, der Anfragen der Fraktionen, der Entgegennahme von Anträgen, gibt es die Möglichkeit für jeden Bürger, in Dialog mit der Stadtverwaltung zu treten und Kritiken und Anregungen zu äußern.

So heißt es in der Geschäftsordnung:

„Einwohnerinnen und Einwohner und ihnen nach § 14 Abs. 3 und 4 GemO gleichgestellte Personen und Personenvereinigungen haben die Gelegenheit, Fragen aus dem Bereich der örtlichen Verwaltung zu stellen sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten“⁴

Ergänzen wir die „Anregungen und Vorschläge“ eines Mainzer-Bürgers noch um „Forderungen“ hat die zähflüssige 5-stündige Veranstaltung doch noch die notwendige Wucht erhalten. Sein erklärtes Ziel war es, dem Oberbürgermeister und allen Ratsitzenden das MWGFD-Corona-Ausstiegskonzept⁵ in 100-facher Ausführung an die Hand zu geben mit dem Ziel den massiven Handlungsverzug vor Augen zu führen. Dieses Bestreben scheiterte in der vorgesehenen Form. Doch drückte er dem Stadtoberhaupt trotzdem was aufs Auge.

Seit circa zwei Jahren besucht der Mainzer Bürger Jörg Schmeer die im vier-wöchentlichen Rhythmus stattfindenden Stadtratssitzungen. „*Den meisten Bürgern sei nicht bewusst*“, so Herr Schmeer, „*dass jenes kommunale offizielle Gremium eine Form der politischen Teilhabe ist und damit der Öffentlichkeit zugänglich ist.*“

Sofern der Ausdruck „kritischer Bürger“ im Mainstream-Diskurs noch gestattet sei, begreift der Aktivbürger Jörg Schmeer jene „Einwohnerfragestunde“ nicht als Plattitüde, sondern nimmt die Möglichkeit der Teilhabe an politischen Entscheidungen ernst. Ganz gemäß der Definition der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) – die wir uns kurz mal in Erinnerung rufen - pflegt er lediglich sein Recht auf politische Bildung und Partizipation:

Demokratie kann nur erfolgreich funktionieren, wenn sie vom demokratischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Zu einer demokratischen Gesellschaft müssen alle mit ihren Ideen und einer erweiterten Mitverantwortung und Mitbestimmung beitragen. Deshalb sucht die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb nach Wegen, wie Bürgerinnen und Bürger stärker an ihrer Gesellschaft teilhaben können. Es geht uns um Auseinandersetzung und Engagement, Aktivierung und Partizipation, um Beteiligung im Großen wie im Kleinen. Wir brauchen weniger brave Untertanen oder zahme Schäflein und mehr aktive Bürgerinnen und Bürger, die das Gemeinwesen als ihre eigene Sache verstehen. Mehr Beteiligung schafft mehr Freiheit für den Einzelnen. Die Bürgergesellschaft ist ein Ort gesellschaftlicher Integration, bürgerschaftliches Engagement und die Verantwortung füreinander schaffen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den der Staat allein nicht leisten kann.⁶

Jörg Schmeer, der sich mitnichten als „braver Untertan“ versteht, sondern als besorgter und kritisch reflektierender Bürger Sachverhalte und politische Entscheidungen wie gewohnt hinterfragt, hat erneut den Versuch unternommen, den Oberbürgermeister auf die mangelnde Aufklärung über die

4 <https://mainz.de/verzeichnisse/ortsrecht/geschaeftsordnung-fuer-den-stadtrat-die-ausschuesse-des-stadtrates-die-ortsbeiraete.php.media/182057/Geschaeftsordnung-Stadtrat-Mainz.pdf> (zuletzt zugegriffen am: 04.10.2022)

5 <https://www.mwgfd.de/das-mwgfd-corona-ausstiegskonzept/>

6 https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Politisch-Handeln_111124_X3.pdf (zuletzt zugegriffen am: 04.10.2022)

Folgen der sogenannten „Corona-Schutz-Impfung“ hinzuweisen und auf dessen ethische Pflicht, angesichts der nicht mehr zu leugnenden Faktenlage entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die Redeordnung in den Stadtratssitzungen ist streng reglementiert. Die Bürger dürfen maximal zwei Fragen stellen. Nachdem er seit zwei Jahren den Stadtratssitzungen regelmäßig beiwohnt, wusste er um die notwendige Impertinez bei renitent gewordenen Politikern.

Weil seine vergangenen Versuche, auf die beunruhigende neue wissenschaftliche Faktenlage hinzuweisen, auf taube Ohren stieß, war es Herrn Schmeers erklärtes Ziel, 100 Exemplare des Corona-Ausstiegskonzepts für alle anwesenden Ratsmitglieder buchstäblich greifbar zu machen. Doch auch hier entschied man sich, die Augen vor dem akuten Handlungsbedarf lieber zu verschließen. Die Geschäftsordnung sieht eine derartige Störung der Sitzung nicht vor.

Des Weiteren quittierte der Vorsitzende Michael Ebling dessen Bestreben mit folgender Bemerkung:

Zu der sogenannten Gesellschaft habe ich Ihnen das letzte Mal meine Einschätzung gegeben. Ich halte die dort geäußerten Thesen für im hohen Maße unwissenschaftlich und ich glaube sie geben nicht das wieder, was in Deutschland die Wissenschaft vertritt und insofern bleibe ich bei der Haltung, dass ich dem in irgendeiner Weise eine Anregung und Folge daraus schließe, aber selbstverständlich können Sie uns das schicken und dann werden wir es Ihnen auch bestätigen, sobald wir es haben. Aber an der Beurteilung des Inhaltes ist es nicht so. Ansonsten sehen wir uns auf der Straße nicht, weil wenn Sie montags spazieren, habe ich meistens Sitzungen.

Jörg Schmeer entgegnete – soweit man ihn sprechen ließ - mit folgenden Worten:

In diesen Unterlagen von MWGFD sind entgegen Ihrer Aussagen wissenschaftlich wesentliche Erkenntnisse enthalten und meine Bitte und Aufforderung an Sie ist, sich dieser Unterlagen anzunehmen. Warum, das möchte ich hier ausführen, weil das ganz wichtig ist das zu wissen:

Geraune und Gestöhne erfüllte das kurfürstliche Schloss. Die strenge Redeordnung scheint nur einseitig zu gelten. Jörg Schmeer ließ sich seine Stimme jedoch nicht nehmen.

Im Folgenden der Schlagabtausch zwischen Jörg Schmeer und dem Oberbürgermeister:

J.S: damit mein Redebeitrag sauber dokumentiert werden kann, bitte ich mich ausreden zu lassen. Das fänd ich ganz gut, weil wenn sie alle sprechen, das ist nicht wirklich förderlich für die Sache.

Im Zusammenhang mit diesen Unterlagen sei der Hinweis gegeben, dass in der ARD-Sendung „Fakt“ schon die zweite Sendung gelaufen ist, die sich mit dem Thema von Nebenwirkungen durch eine sogenannte Corona-Schutzimpfung befasst. Die Unterlagen sind sehr aufschlussreich und geben Ihnen viele Quellinformationen aus den verschiedensten Fachdisziplinen für eine Einschätzung (...) ich habe es in der Vergangenheit schon gesagt - dass mein Eindruck ist, dass der Informationsfluss an dem Bürger für dieses Thema nur bedingt aussagekräftig ist und eine vernünftige Entscheidung über ein Arzneimittel, welche neuartig auf dem Markt gekommen ist, sich verabreichen zu lassen, nicht möglich ist. Die mittlerweile zunehmenden Fälle von gesundheitlichen Schäden durch die Verabreichung der sogenannten Corona-Impfstoffe stehen keinesfalls im Verhältnis zu der beabsichtigten Schutzwirkung vor Infektionen oder schweren Krankheitsverläufen.

M.E: Herr Schmeer, jetzt unterbreche ich Sie schon wieder. Das ist nicht der Ort für allgemeine Äußerungen oder für Ihre Vorlesung an der Stelle. Sie übergeben ein Dokument, das ist ein Vorgang den Sie wählen, das mag bedauerlich sein, dass Sie alles ausgedruckt haben, man hätte es den Fraktionen auch per Mail zuleiten können. Aber das ist nicht der Raum für Vorträge, insofern eine Anregung oder eine Frage ist willkommen, aber Ihre Haltung, wie Sie selbst formulieren zu den „sogenannten“ Corona-Schutzimpfungen kann ich nur beantworten mit allgemein zugänglichen Informationen über den Verein. Das ist ja breit dokumentiert, dass dort eben nicht der wissenschaftliche Sachverstand vertreten ist, sondern ganz im Gegenteil, wenn ich jetzt das Wort dubios gebrauche ist es noch vielleicht die harmlosere Formulierung. Aber auf der Tagesschau.de-Seiten ist es gut zugänglich und dokumentiert, wie weit hier medizinischer Sachverstand überhaupt vertreten ist.

J.S: Es ist nicht meine Haltung, das möchte ich ganz klar unterstrichen wissen. Ich fordere Sie hiermit als besorgter und betroffener Bürger im Namen der Menschlichkeit auf, alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die Bevölkerung vor weitreichenden und dauerhaften Schäden für die Gesundheit, die uns allen offenkundig nicht bewusst zu sein scheint, zu schützen, indem Sie seitens der Stadtverwaltung Mainz tätig werden und den Sachverhalt von Amts wegen der für die Stadtverwaltung zuständigen Oberbehörde, der Staatsanwaltschaft Mainz, dem Gesundheitsamt Mainz-Bingen, dem Gesundheitsministerium Rheinland-Pfalz, der Ministerpräsidentin für Rheinland-Pfalz Frau Luise Maria Dreyer mitzuteilen und entsprechende Maßnahmen zu veranlassen. Auch das RKI, das PEI, die ständige Impfkommission sowie das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sind umgehend zu informieren.

M.E: Ich unterbreche Sie jetzt das zweite Mal...weil die Verquickung der Themen jetzt nicht zielführend ist. Sie haben ihre Haltung deutlich gemacht, sie ist dokumentiert, sie haben eine Dokumentübergabe angekündigt, das ist ein ganz normaler Vorgang, der passiert 100-fach am Tag. Sie bekommen das bestätigt, aber ich will Ihnen heute schon bestätigend mitteilen, dass ich dieser Aufforderung nicht Folgen leisten werde. Ich glaube, dass Ihre Haltung oder Meinung eine Unbegründete ist, und im übrigen wahrlichst sich nicht deckt mit dem was wir hier gesellschaftlich erleben in der Pandemie und sich auch nicht mit dem deckt, was wir an Gesundheitsschutz in der Stadt Mainz verfolgen wollen.

J.S: Ich danke für Ihre Ausführungen, ich kann Ihnen sagen ich habe mich redlich mit diesen Dingen befasst, von daher ist es nicht meine Meinung, sondern die Informationen, die sie öffentlich über die jeweiligen Institutionen einsehen können und hier besteht eine große Gefahr für Leib und Leben.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesem Dialog ziehen?

Überraschen tut uns der Informationsboykott jetzt nicht. Bereits jener Verweis auf die parteiische Berichtserstattung durch das Leitmedium „Tagesschau“ und dessen Bewertung von Wissenschaft ist bezeichnend. Der Umstand, dass man einem Sender, dem es mit einem Minimalaufwand an Recherche nicht mal gelingt, ein Wunder-TV ohne Strom als wissenschaftlichen Nonsense und Reinform zu durchschauen, eine derartige Deutungshoheit zutraut, ist ein vortreffliches Sinnbild der 2,5 jährigen Verblendung.⁷ Doch selbst der reflexartige Verweis auf die ebenfalls um die eigene Achse kreisende Tagesschau - um nicht Nabelschau zu sagen - ist kein zuverlässiges Alibi mehr, denn selbst der ARD kam bei dem sich zu Tode erzählten Narrativ der „sicheren Impfung“ nicht umhin „aus der Reihe zu tanzen“.

An der Goldgrube zu sitzen, muss dem Mainzer Oberbürgermeister schmerzhaft in den Augen blenden.

⁷ <https://www.welt.de/kultur/medien/plus241169933/Tagesschau-Ente-ueber-Wunderfernseher-Wie-die-ARD-sich-entschuldigt.html> (zuletzt zugegriffen am: 04.10.2022)

Die blinde Glorifizierung jenes Leitmediums ist nur ein weiterer Beleg, dass wir von Propaganda umstellt sind, umso mehr, wenn die Tatsache, dass inzwischen 84 % der Deutschen laut der INSA-Umfrage die Abschaffung der Zwangsgebühren fordern⁸, regelrecht ignoriert wird. Die aktuelle Schiefelage der Öffentlich-Rechtlichen wundert kaum, wenn verantwortliche Politiker sich verkrampft noch am letzten Strohalm halten, während sie gleichzeitig die Flucht nach Vorne ergreifen.

Die Formulierung „auf der Tagesschau.de-Seiten ist es „allgemein zugänglich“ und „dokumentiert, wie weit hier der (wissenschaftliche) und medizinische Sachverstand überhaupt vertreten ist“ führt nicht nur das dogmatische Wissenschaftsverständnis hierzulande vor Augen, sondern zeugt angesichts der wachsenden Stellungnahmen und Evaluationen aus dem Ausland von einer inzwischen obsessiv gewordenen Realitätsverweigerung. „Allgemein zugänglich“ sind inzwischen auch die verheerenden Auswertungen öffentlicher Datenbanken zu Nebenwirkungen und impfbedingter Übersterblichkeit.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung des Mainzer Vorsitzenden des Stadtrechtsausschusses, Rolf Merk, durchaus erwähnenswert: „Es müssen Anlaufstellen für Impfgeschädigte geschaffen werden“⁹. Impfgeschädigte werden regelrecht „totgeschwiegen“, wie der Volljurist Herr Merk alarmierend feststellt. Ein wirklicher Interessenskonflikt für den Oberbürgermeister, sollte man meinen.

Einen Ausbau von Stellen hat er in der Tat in die Wege geleitet. Ganze 5000 neue Stellen werden auf den Plan gerufen, doch nicht für Impfgeschädigte, sondern für die Expansion von Biontech.¹⁰

Angesichts dieser Verhöhnung von Menschen, die mit Impfschäden alleine gelassen werden, weil einige Politiker lieber „An der Goldgrube“ weiter schaufeln, wundert es also nicht, dass immer mehr Bürger, wie Jörg Schmeer in Eigenregie versuchen ihre Politiker zu konfrontieren.

Wiewohl Herr Schmeer mehrfach betonte, dass es sich hier mitnichten um seine „Meinung“ oder „Haltung“ handelt, sondern um objektiv überprüfbare wissenschaftliche Ergebnisse, blieb der Oberbürgermeister unbeeindruckt. Es zeichnet ein erschreckendes Bild von einer fanatisch gewordenen blinden Treue gegenüber einem sich längst überlebten wissenschaftlichen Stand und einer fast schon faszinierenden Überheblichkeit gegenüber der Arbeit von hochrangigen Wissenschaftlern und Ärzten. Es ist bedauerlich, dass nach 2,5 jährigem nachweislichem Zahlenwirrwarr, um nicht Schwindel zu sagen, einem Politiker immer noch nicht bewusst geworden zu sein scheint, dass die Infragestellung von wissenschaftlichen Befunden, keine Meinung ist, sondern zum wissenschaftlichen Prinzip gehört. Eine Haltung, gar Abwehrhaltung wird an ganz anderer Stelle eingenommen.

Insgesamt war der Eindruck zu gewinnen, dass im kurfürstlichen Schloss die Sorgen und Nöte den Oberbürgermeister nur peripher tangieren.

Auf die Schilderungen einer Pflegerin, wonach es unhaltbar sei, dass Menschen bei sich Zuhause weiterhin (Pflegeheim) Maske tragen müssen, und auf die Frage, inwieweit nach den Ursachen der

8 <https://www.die-tagespost.de/kultur/medien/insa-84-prozent-wollen-keinen-rundfunkbeitrag-mehr-zahlen-art-232344> (zuletzt zugegriffen am: 04.10.2022)

9 <https://www.berliner-zeitung-de.cdn.ampproject.org/c/s/www.berliner-zeitung.de/news/seit-meiner-impfung-ist-nichts-mehr-wie-es-war-li.207931.amp> (zuletzt zugegriffen am: 04.10.2022)

10 <https://www.deraktionaeer.de/artikel/pharma-biotech/biontech-expansion-geplant-20316988.html>

mit der Impfkampagne einhergehenden Übersterblichkeit geforscht wird, kam vom Oberbürgermeister folgende aufschlussreiche Antwort:

Ich kann Ihnen keine Antwort geben. Das entzieht sich unserer Kenntnis. Das Infektionsschutzgesetz betrifft nicht die Kompetenz dieses Rates und insofern werden wir uns an die Gesetze halten.

Es scheint doch die mangelnde Kenntnis zu sein, aus der heraus dem Verein MWGFD vorher noch ein wissenschaftlicher Sachverstand abgesprochen wurde. Oder vielmehr ein *Nicht-Wissen-Wollen*. Exemplarisch zeigt sich an dieser alles andere als bürgerfreundlichen Stadtratssitzung die untertänige Folgsamkeit vieler sehr großspurig auftretenden Politiker.

Wenn kurz vor einem androhenden Black Out „zügig“ ein Sommerhitzeinterventionsprogramm in die Wege geleitet wird, ist alles gesagt.

Wir sind an einem Moment angekommen, wo sich Bürger schleunigst in die Politik einmischen sollten. Wenn eigenständiges Denken abgegeben wird und der politische Handlungsradius sich auf dem blinden Ausführen von scheinbar unantastbaren Befehlen beschränkt, dann haben wir es mit einer akuten geistigen Lähmung des politischen Denkens zu tun.

Dass der Oberbürgermeister mitnichten die Bereitschaft zeigen wird, die Oberlandesbehörden, das Gesundheitsministerium etc. zu kontaktieren, war Herr Schmeer klar. Für die spätere Aufarbeitung wird es jedoch zweckdienlich sind. Eine Handlungsverweigerung angesichts einer Gefahr im Verzug unter Anwesenheit der Öffentlichkeit wird ein wichtiges Zeitzeugnis sein.

Wenn sich Politiker nicht mehr wagen, sich ihres Verstandes zu bedienen, braucht es mehr denn je mündige und urteilsfähige Bürger, wie Jörg Schmeer. Aufklärung heute bedeutet lediglich 1 und 1 zusammenzuzählen. „Es genügt [wie Herr Schmeer] erläutert, sich lediglich die öffentlichen Zahlen der Gesundheitsinstitute anzuschauen, um festzustellen, dass hier mächtig was verkehrt läuft“. Ist man geneigt als Bürger angesichts der mangelnden Responsivität von Politikern in die Passivität zu flüchten, nimmt Jörg Schmeer jene verdächtig gewordene Ignoranz zur Triebfeder seiner Aufklärungsbemühungen.

Aktionen wie diese bewirken, dass kritische Stimmen in Mainz sich mehren und der Putz hinter dieser glänzenden demokratischen Fassade freigelegt wird. „Auch der einfache Bürger ist in der Lage sich zu informieren und entsprechend zu handeln“ bezeugt und betont Herr Schmeer. Die

Zivilgesellschaft ist jetzt gefragt!